



FORUM

Nr. 12

Auflage 25.500

Nachrichten
MÄRZ 90

VEREIN ZUR ERHALTUNG DES PASSAUER STADTBILDES UND ZUM SCHUTZ DER UMLIEGENDEN LANDSCHAFT

Angeprangert und – vergessen?

Der Weg zur Hölle ist oft mit guten Vorschlägen gepflastert. So ist man sich in Passau durchaus einiger Ärgernisse bewußt, prangert sie an – und dann geschieht nichts. Das FORUM erinnert:

Nichts geschehen ist bisher bei den Schwarzbauten im Ilztal, insbesondere dem Anwesen Spittler in Unteröd. Die Regierung von Niederbayern schrieb uns auf unsere damalige Rechtsaufsichtsbeschwerde, daß die Stadt Passau beabsichtige, alle derartigen Fälle nach einheitlichen Richtlinien noch einmal zu überprüfen. Vom Bauordnungsamt wurde ein umfangreicher Ordner angelegt. Offensichtlich will man jetzt Gras über die Sache wachsen lassen bzw. die Verjährung abwarten. Wir werden uns nochmals an die Regierung wenden, um den schleppenden Verfahrensablauf zu beschleunigen. Wer nicht in der Lage ist, Gesetze durchzusetzen, darf sich nicht darüber beklagen, wenn immer weniger Bürger bereit sind, diese einzuhalten!

Nichts geschehen ist auch bezüglich des Schwarzbaus Pell, der dem Stadtrat und Bauunternehmer Wimmer bestens bekannt ist. Kein Wunder, daß Politiker heute laut Allensbacher Umfrage in der Bevölkerung kein Vertrauen mehr genießen.

Nichts geschehen ist bisher an der Fassade des ehemaligen „Kuchlerhauses“ in der Innstadt. Sie verunstalten immer noch die häßlichen Plastikfenster.

Und bei den Abrissen Innstraße 44/46 stellt sich die Frage: Kann man denkmalgeschützte Bausubstanz straflos abbrechen? Die Entscheidung steht immer noch aus!

F. Brunner/G. Bosanyi



Kirchplatz: Plastikfenster in Passaus schönster Fassade – ein Dauerzustand?

Ausschuß

In den letzten sechs Jahren hat sich in Passau viel verändert – zum Negativen aber auch zum Positiven. Es ist OB Hösl sicher anzurechnen, daß er sich (meist) gut beraten ließ: das FORUM kann in die zur Zeit wohl wahlkampfmäßig laufende und eher durchsichtige Verwaltungsschelte nicht immer einstimmen. Die Altstadtanierung Höllgasse schafft preisgünstigen Wohnraum in gelungen instandgesetzten historischen Häusern, Denkmalpfleger sprechen in diesem Zusammenhang schon einmal von Mustersanierungen. Erste Versuche zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt zeigen Erfolge – wenn auch hier noch zuwenig geschehen ist. Die Stellplatzverordnung dämmt den Gaststättenwildwuchs in der Altstadt ein, die Quartiersgarage Hängebrücke wird Plätze autofrei machen und den Ort entlasten. Das architektonisch gelungene Schanzparkhaus wird – gegen Unkenrufe der SPD – angenommen, das geplante am Güterbahnhof der Altstadt sicher nützen. Das Forum hat zu diesen Entwicklungen durchaus seinen Teil beigetragen, wird auch weiterhin konstruktiv an der Stadtentwicklung mitarbeiten. Also alles eitel Freude? Aber nein: das Ärgernis der letzten Wahlperiode hieß „Bauausschuß“. Das Forum hat fast alle öffentlichen Sitzungen dieses Gremiums besucht und dabei ein Maß an Arroganz (und zum Teil Unfähigkeit) erlebt, das die Beobachter oft sprachlos gemacht hat: da wurden – in unheiliger Allianz zwischen CSU, SPD und dem FWG-Mitglied – Beschlüsse getroffen, die eindeutig gegen geltendes Recht verstießen. In hemdsärmlicher „mia san mia“-Haltung nahm man in Kauf, daß die Regierung diese Beschlüsse wieder aufheben mußte: eine Blamage nicht nur für den Ausschuß, sondern den gesamten Stadtrat. Ob Vernichtung von Grünflächen im Außenbereich, ob Hofüberbauungen in der Fußgängerzone, ob nachträgliche Genehmigung von Schwarzbauten im Schutzgebiet: vor allem die Herren Wimmer, Barth, Heindl, Reischl, Höber (CSU) und Öller, Schmöller, Abelein (SPD) und Dellinger (FWG) sind meist bedingungslos auf Seiten der Bauwirtschaft und des großen Geldes. Umso trauriger, daß Herr Schmöller nun sogar OB Kandidat der SPD ist. Wer im Bauausschuß für Bauen im Außenbereich stimmt (wenn nur der Spezl Gerstl irgendwie profitiert), auf einer Podiumsdiskussion aber öffentlich sagt, dieses Bauen sei gesetzwidrig und damit abzulehnen, redet mit gespaltenen Zunge. Und das ist nur ein Beispiel!

Bisher haben nur die Freien Wähler die Konsequenz gezogen: Stadtrat Dellinger wurde – auch wegen seiner unrühmlichen Rolle im Bauausschuß – nicht mehr nominiert. Die Empfehlung des Forums: der Bauausschuß muß seiner Bedeutung gemäß neu besetzt werden. Die Wahl ist dazu ein geeignetes Mittel.

Friedrich Brunner

„Parkplatzsucht“ der Fa. Hiendl?

Fragwürdige Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen

Im Zusammenhang mit ihrem Neubau beabsichtigt die Firma Hiendl, hinter dem Gelände einen weiteren großen Parkplatz anlegen zu lassen. Dieses Vorhaben ist keineswegs unproblematisch, denn hierzu muß der erst vor kurzem beschlossene Flächennutzungsplan geändert werden, der an dieser Stelle eine Grünfläche vorsieht.

Nun kann es sicherlich Notwendigkeiten geben, die eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich machen, aber es sollte sich doch inzwischen herumgesprochen haben, daß jedes Stückchen Grün seine Bedeutung für die Umwelt und die Menschen hat und daher die Folgen einer Vernichtung einer Grünfläche zu bedenken sind.

Der Bauausschuß der Stadt Passau hatte allerdings überhaupt keine Probleme damit, bis auf eine Gegenstimme (Freie Wähler) ohne jede Debatte dem Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans zuzustimmen. Damit nicht genug, erlaubte der Bauausschuß der Firma Hiendl, den Erdaushub auf der Grünfläche zu lagern und darauf einen Übergangsparkplatz zu errichten. Diese Erlaubnis gilt zwar nur befristet auf drei Jahre, aber seltsam ist die ganze Sache schon: Durch den befristet genehmigten „Übergangsparkplatz“ werden nämlich vollendete Tatsachen geschaffen, bevor das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans so richtig in Gang gekommen ist bzw. bevor die Regierung die Änderung überhaupt genehmigt hat.

Angesichts dieses bedenklichen Verfahrens muß man sich fragen, wie man diesen neuen Parkplatz rechtfertigen könnte. Eine reale Parkplatznot der Firma Hiendl besteht jedenfalls nicht, denn Parkplätze sind in genügender Zahl vorhanden. Bereits jetzt stehen der Firma Hiendl 250 Parkplätze zur Verfügung; in der Tiefgarage des Neubaus werden nochmals mindestens 250 Autos Platz finden, so daß sich die Zahl der Parkplätze verdoppelt. Unabhängig von der genauen Zahl erfüllt die Firma Hiendl ohne den gewünschten neuen Parkplatz bereits die Auflage der Stadt, eine bestimmte Zahl von Parkplätzen nachzuweisen, sonst wäre der Neubau gar nicht genehmigt worden.

Niemand will der Firma Hiendl bestreiten, daß sie viele Parkplätze benötigt; aber wenn diese Parkplätze bereits in genügender Zahl vorhanden sind, kann man den Wunsch nach einem weiteren Parkplatz nur als Ausdruck einer „Parkplatzsucht“ bezeichnen.

Die Grünfläche, um die es geht, ist Teil eines zusammenhängenden Grüns, das sich von Schalding links der Donau bis zur Franz-Josef-Strauß-Brücke erstreckt. Mag auch der Grünstreifen an einigen Stellen durch bebaute Gebiete unterbrochen sein, so wäre es um so wichtiger, die grünen Teilflächen zu erhalten, in der Hoffnung, so eine Vernetzung der einzelnen Flächen zu gewährleisten. Hier kommt noch hinzu, daß sich an die umstrittene Grünfläche eine Hochstaudenflur anschließt, die bis zur Brücke reicht und im Flächennutzungsplan als schützenswertes Feuchtgebiet ausgewiesen ist. Sollte die Grünfläche verschwinden, wäre dieses Feuchtgebiet unmittelbar schädlichen Autoabgasen ausgesetzt. Es geht also nicht um irgendeine „kleine unbedeutende Wiese“, sondern es handelt sich um ein typisches Beispiel dafür, wie ein Teil Natur wieder Teil eines größeren Ganzen ist, das es zu schützen gilt.

Angesichts der geschilderten Bedenken ist es mehr als erstaunlich, daß sich die Stadt von dem Parkplatz sogar noch einen Vorteil erhofft. „Wir sehen durch eine Verschiebung der Hangkante nach Norden eine Verminderung der Gebäudehöhe des Gesamtkomplexes.“ Durch die Aufschüttung wird zwar dem Hiendl-Komplex optisch etwas an Höhe genommen, aber dies betrifft nicht die ganze Länge des Komplexes und kann somit nicht den städtebaulich schlechten Eindruck des Gesamtkomplexes mildern. Nimmt man hinzu, daß sich die Aufschüttung als Erdhügel nach Norden verschiebt, muß man vielmehr von einer Verschlechterung des optischen Eindrucks sprechen.

Der Bund Naturschutz setzt sich dafür ein, daß die Firma Hiendl nach Beendigung des Neubaus die Aufschüttung vollständig abträgt und den ursprünglichen Zustand wiederherstellt. Vielleicht setzt sich bei den Verantwortlichen die Einsicht durch, daß eine intakte Umwelt mehr zählt als eine (zu hohe) Zahl an Parkplätzen, daß der verschwenderische Umgang mit dem Grund und Boden ein Ende haben muß, denn die Folgen werden wir alle zu tragen haben und spätestens vor der nächsten Generation verantworten müssen.

Ulrich Stadelmann

Laßt uns das Unwiederbringliche und das Unersetzbare erhalten, sonst werden wir in einigen Jahren erwachen und feststellen, daß wir unser Erbe verschleudert haben.

Planlosigkeit?

Es ist kaum zu glauben, daß in unserer Zeit, in der jede Partei Begriffe wie Umweltschutz, Landschaftsschutz, Biotop usw. in ihrem Programm hat, eine Landschaftszerstörung dieses Ausmaßes unterhalb des neuen Stadtparks beim Krankenhaus geschehen konnte. Ein Besucher Passaus sagte mir neulich angesichts der vielen Parkplätze: „So etwas gäbe es bei uns in der Schweiz nicht; das wäre ganz anders geplant worden.“ In der Tat: Allein das Vorgehen im Anfangsstadium der ganzen Grabungs- und Planierungsarbeiten ließ auf eine ziemliche Planlosigkeit schließen. Da wurden Böschungen aufgeschüttet, dann wieder abgetragen, Bäume zum Schutz ummantelt und dann gefällt, weil die ganze Fläche und die Straßenführung erweitert werden mußten; schließlich wurde der halbe Berg angegraben und dann aufwendig bepflanzt; ein riesiger Hubschrauberlandeplatz wurde so tiefgelegen platziert, daß die Benutzer aller umliegenden Gebäude über Gebühr mit Lärm belästigt werden, vor allem die Patienten im Krankenhaus, die Schwestern in ihrem Wohnheim, die Schüler der angrenzenden Schulen und die Bediensteten des Landwirtschaftsamtes. Der Landeplatz wurde mit allen Schikanen ausgestattet, dann fehlte die Genehmigung für die Benutzung. Und zuletzt stellt sich heraus, daß aller Aufwand vergebens war, weil die geschaffenen Parkplätze nie ausreichen werden. Oder schwebt einigen Unverbesserlichen immer noch die bereits mit Erfolg verhinderte Verlegung der Pamingerstraße vor, was ihnen bei dem begonnenen Zerstörungswerk kaum mehr als schwerwiegender Eingriff in den Stadtpark vorkäme? Nur in diesem Zusammenhang ist vielleicht auch zu verstehen, daß die dabei wieder verlorengehenden Parkplätze in einer Überbauung nachgeschaffen werden können. In jedem Fall ist auch diese Lösung absurd und beweist die bereits erwähnte Planlosigkeit. Die billige Ausrede mit der sonst nicht verfügbaren Finanzierungshilfe greift hier nicht mehr. Warum sind denn nicht gleich Nägel mit Köpfen gemacht worden? Zwei Ebenen in die Tiefe und zwei oder drei Geschosse Überbauung mit einem Landeplatz auf dem Dach hätten ebenso viele Stellflächen geschaffen und mehr Grün für den Stadtpark erhalten.

Bei dem gegenwärtigen Zustand hilft wohl nur noch ein gewaltiger Erdrutsch!

Peter Zieske

IMPRESSUM:

FORUM Passau e. V.

G. Bosanyi, F. Brunner, P. Zieske

Schröngamerweg 19

8390 Passau

FORUMSSTAMMTISCH

von Friedrich Brunner

(Vorsicht! Satire!)

Kurz vor der Wahl ist der Andrang zu unserem Forumsstammtisch gewaltig: vor allem Herr Steiner von der Bürgerliste will unbedingt beweisen, daß er kein trojanisches Pferd der CSU und seine Nichtzulassung ein Skandal ist. „Dann tretens am besten aus der CSU aus, legens eine eidesstattliche Versicherung ab, daß nach der Wahl net wieda für'n Vorstand der Jungen Union kandidieren und gengans zur SPD“, meint die Sylvia, die als Jura-Studentin einem eher liberalen Elternhaus entstammt. „Und heiraten so kurz vor der Wahl war sowieso dumm, weil so a ganz a Haufa weiblicher Erstwählerstimmen quasi valorn san, von dene von de grüna Witwen gor net zum redn!“ setzt sie noch eines drauf. Herr Steiner, der nach all dem Ärger, den er seinen Parteifreunden von der CSU bereitet hat, ein großes Harmoniebedürfnis besitzt, merkt, daß er bei uns seine Streicheleinheiten nicht bekommt, und verschwindet gesenkten Hauptes, um im Dom noch eine Kerze, wenn schon nicht für den Wahlsieg, dann wenigstens für seinen Erfolg vor Gericht, anzuzünden. „Da Dom mocht um sechse zua, und eia Programm is von da FDP klaut!“ schreit ihm Günther noch nach. Inzwischen zieht die Sylvia ein langes Gesicht, weil ich den Dr. Stadler entschuldige. Wiewohl sonst regelmäßiger Gast am Stammtisch, muß er heute drei Presstertine gleichzeitig wahrnehmen: als des Deutschen in Wort, Schrift und Sprache mächtiger Stadtrat erfreut sich gerade dieser Kandidat großer Medienbeliebtheit. Und sein jugendlich-spitzbübisches Lächeln macht ihn – das meint zumindest die Sylvia – zum Lafontaine von Passau, zumindest, was die Wirkung auf weibliche Wähler betrifft. Peter, als Zeichenlehrer für die Disziplin zuständig, entschuldigt erst einmal unser Mitglied Willi Schmölzer. „Da Willi wär eher was für die Vorstandschaft der Metzgerinnung als für'n OB“, behauptet er. Auf unser betretenes Schweigen fügt er erklärend hinzu: „Immer, wenn er nur das Wort »Forum« hört, wird er zur beleidigten Leberwurst.“

„Er blunzt,“ füge ich fachmännisch hinzu, „Ebn a Rouda!“ „Wenn der Stadler der Lafontaine ist, dann ist der Schmölzer unser Helmut Kohl“, meint die Babette, die als Hausfrau die Politiker schon auch einmal nach der Kopfform beurteilt. Diesmal erhält sie von mir unerwartete Schützenhilfe: „Der is scho a Generalist!“ Günther erläutert: „Aba nur, wenn man Generalist so definiert: üba ois redn, aba von nix a Ahnung“. Er will zu einer seiner gefürchteten längere Erklärungen ansetzen, z.B. über das ärgerliche Verhalten des SPD-Kandidaten im Bauausschuß, da stürzt Professor Kobler in die Wirtsstüb. Atemlos legt er auf jeden Tisch einen Stoß von ca. 20 Autogrammkarten, schüttelt alle Hände und stöhnt: „So vui Zuneigung, so vui Zuneigung, i werd sicher der neie Burgamoasta!“ Eingeweihte wissen, daß das keine Hochrechnungsergebnisse sind, sondern die psychologischen Beschwörungsformeln, die sich der agile Gelehrte jeden Abend sechzigmal von seiner Frau vorsagen läßt. Als die Sylvia lobt: „Auf dem Foto schauens grad so aus, wia da Humphrey Bogart in eanam Alter gern ausschaut hätt,“ sinkt er mit selbigem Lächeln auf einen Stuhl und bestellt eine dunkle Weisse, um die Innstadtbrauerei zu unterstützen. „Ned wahr, Herr Brunner, diesmoi empfehlt mi scho, weil i bin ja der oanzige, der Humor hat, von Denkmalspflege wos vasteht, wos hermocht, und ois Under-Cover-Heimatpfleger arbeite ich ja scho ollerwei!“ Der Rudi, der als unser Aushänge-JU-Mitglied bisher geschwiegen hat, bestellt noch ein Pils und sagt dann bedächtig: „Am Hösl kimmt sowieso koana vorbei! Und sie, Herr Kobler, kinnans a höchstens zum Unterhösl bringa!“ Als alle ihn entgeistert anschauen, kontert er mit einer Frage: „Habts de Wahlplakate von eam scho gseng? Na oiso! Psychologisch unbandig raffiniert: do strahlt er so aus sich aussa wie da Gottvatta persönlich. Und an dem kimmt ma schließlich net vorbei, oder?“

Sonderrechte für die PNP?

Das Forum hat sich in seiner Stellungnahme zum Gewerbegebiet Sperrwies positiv geäußert. Wir haben allerdings bezüglich der Gestaltung eines Industrieparks konkrete Vorstellungen als die von der PNP beauftragten Architekten.

Zum einen muß man fragen, warum eine vollständige Planierung des neuen PNP-Geländes erforderlich sein soll, zeichnet sich doch gute Architektur, die einem derartigen Unternehmen angemessen wäre, dadurch aus, daß sie sich dem Gelände anpaßt.

Wenn von den Stadtplanern vorgeschrieben wird, daß 30% der Dachflä-

che zu begrünen sind, so handelt es sich um ein Minimum. Dieses Minimum auch noch abzuschlagen ist unverantwortlich und wird in einigen Jahren für die PNP teuer werden. Ein extensiver Bewuchs (Trockenrasen, Mauerpflefer) schützt nämlich die Dachhaut vor schädlicher UV-Strahlung und verhindert große Temperaturschwankungen. Eine Wurzelschutzfolie ist in einem Waldrandbereich sowieso erforderlich, statische Veränderungen sind nicht notwendig. Die Geschäftsleitung der PNP wäre gut beraten, sich noch einmal mit einem Gartenarchitekten zusammenzusetzen!

(gb)

Beginn der Mollnhofsanierung

Im langjährigen Kampf um die Sanierung des Mollnhofs konnte jetzt ein Teilerfolg erzielt werden. Die Passavia hat im Herbst die Fundamente des 1655 erbauten Mollnhofs saniert. Nach Aussage des Geschäftsführers der Passavia, Herrn Harwalik, wird mit der Sanierung des Daches sofort begonnen, wenn die erwarteten Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden. Da die Passavia das Gelände einst von der Stadt ohne jegliche Auflagen bezüglich der Erhaltung des Mollnhofs erworben hat, begrüßen wir das Engagement. Allerdings haben wir in den Gesprächen mit den Verantwortlichen auch immer wieder darauf hingewiesen, daß bis zum Erlass des Denkmalschutzgesetzes ein Abriß ohne weiteres möglich gewesen wäre, heute aber auch für die kirchlichen Stiftungen das Denkmalschutzgesetz gilt. Da gegenwärtig ein erheblicher Bedarf an Wohnungen besteht, sollte man die vollständige Sanierung nicht auf die lange Bank schieben. Es wäre ja auch denkbar, daß die „Wohnungsaufbau“ den Mollnhof übernimmt.

Günther Bosanyi



Wird der Mollnhof bald wieder im alten Glanz erstrahlen?

Ärger um Altstadthotel

Forum belogen – Architekturbüro Wörlen verspielt Kredit

Mit nichtgenehmigten Bauten und Zerstörung historischer Bausubstanz im empfindlichsten Teil der Altstadt hat das Altstadthotel nicht nur Stadträte und Verwaltung verärgert, sondern auch die Bevölkerung und das Forum gegen sich aufgebracht.

„Bald wohnt hier überhaupt niemand mehr,“ kommentiert ein alteingesessener „Örtler“ die schleichende Vernichtung von Wohnraum. Nachdem in der Bräugasse das „Museum Wörlen“ entsteht – denkmalpflegerisch gelungen, aber eben ein Museum und kein Wohnhaus – erweitert zwei Häuser weiter das Altstadthotel. War das Forum der Meinung, ein Zubauen des kleinen Platzes an der Donau sei ein zu massiver Eingriff in die Nordseite der Altstadt, ließen wir uns in einem Gespräch mit Herrn Wörlen, seinem Büroleiter Messmer und einem Vertreter des Altstadthotels überzeugen, daß die Maßnahme in enger Absprache mit dem Landesamt durchgeführt werde und kein Wohnraum verloren gehe. Das Forum vertraute diesen Zusagen und stoppte seine Protestaktionen.

Die heutige Realität: Ohne Genehmigung wurde zu bauen begonnen, eine

historische Außenwand des gotischen Gebäudes zerstört – denkmalpflegerischer Vandalismus, der auf mangelnde Bauaufsicht des Architekturbüros oder auf Absicht schließen läßt. Indem man – in Passau nicht unüblich – Tatsachen schafft, muß die weitere Baumaßnahme schon aus statischen Gründen durchgezogen werden. Der Kauf des Anwesens Bräugasse 23 wurde in unserem Gespräch bereits angedeutet. „Wir kaufen es, um keinen Ärger mit Nachbarn bei unserer Erweiterung zu haben,“ erklärte Herr Pieper vom Altstadthotel. Es bleibe aber als Wohnhaus erhalten. Auch das die Unwahrheit: den Mietern ist gekündigt, im ersten Stock soll statt der bisherigen Wohnung ein Büro des „Bayerischen Lloyd“ entstehen.

Fazit: Das Landesamt für Denkmalpflege, der Stadtrat, die Verwaltung, die Heimatpflegerin und das Forum wurden belogen oder übergangen. Jetzt schon ist wertvolle Bausubstanz zerstört. Die Entvölkerung der Altstadt geht weiter. Und das Architekturbüro Wörlen hat viel Kredit verspielt. Das Forum wird sich um diese Sache weiter annehmen.

Franziska Veit

Unsere „FORUMSSTAMMTISCHE“ finden jeden dritten Dienstag im Monat im Gasthaus „Drei Linden“ am Steinweg um 19.30 Uhr im Nebenzimmer statt. Die nächsten Termine: 20.3.90, 17.4.90, 15.5.90, 19.6.90, 17.7.90.

Forderungen des Forums

Das Forum fordert, daß auch Passau aus dem Zweckverband ausscheidet, wenn nicht folgende Bedingungen erfüllt werden:

- Verzicht auf die Müllverbrennung
- Einführung progressiver Mülltarife, insbesondere für Gewerbe- und Industriemüll
- Einstellung eines eigenen Müllberaters für Passau
- Verdichtung des Containernetzes für Altglas, Altpapier sowie zusätzlich Alu und Metalle
- Einführung einer grünen Tonne im gesamten Stadtgebiet innerhalb der nächsten 2 Jahre bzw. Förderung der privaten Kompostierung
- Aufbau bzw. Förderung müllvermeidender Initiativen (Windservice, umweltfreundliche Getränke- und Essensausgabe in Schulen/Uni und Behörden).

PS: Erfreulicherweise besteht bereits von privater Seite ein Windservice (Tel. 08505/1322 bzw. 08505/2224)

Denkmalgeschütztes Haus schwarz abgerissen

Seit Ende Oktober vergangenen Jahres sind keine neuen Nachrichten zum illegalen Abriß des mittelalterlichen Hauses Innstraße 46 bekannt geworden. Das FORUM befürchtet, daß wieder ein Bauskandal vertuscht werden soll. Das Haus war wenige Tage nach seiner Aufnahme in die Denkmalliste von Firma Günther Karl, Innernzell, am Samstag, 23. September 1989 morgens ohne Genehmigung abgerissen worden. Die gegen 11.30 Uhr benachrichtigte Polizei konnte nicht feststellen, ob ein illegaler Abriß vorlag.

Das Bauordnungsamt konnte sich an einen ähnlich krassen Fall in Passau nicht erinnern. Zahlreiche Bürger forderten ein hartes Durchgreifen. Durch illegales Bauen soll den Tätern kein Gewinn zufließen können. Die Stadtverwaltung leitete am 26. September gegen alle Beteiligten, die Grundstückseigentümerin Maria Schramm aus Nüdlingen-Haard, die Architekten Krassler und Reiter, die Herren Burgstaller und Pöll von der IMA-GmbH, Bauleiter Bernd Bosmüller und Abbruchunternehmen Günther Karl ein Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Das

FORUM erstattete Anzeige gegen die Beteiligten.

Die IMA-GmbH, ein Unternehmen der Beutlhausergruppe, plant auf den Grundstücken ein Apartmenthaus mit 112 Wohnplätzen zu errichten. Im Frühjahr war die Wählergemeinschaft „Studenten für Passau“ auf diese Planungen aufmerksam geworden. Das Haus Innstraße 44 wird in Otto Geyers Buch „Passauer Straßennamen“ als Wohnhaus des Komponisten und Lutherfreundes Leonhard Paminger bezeichnet. Man bat daher OB Hans Hösl am 9.6.1989, wirksame Schritte einzuleiten, das Haus in einen würdigen Zustand zu versetzen. Gleichzeitig informierten sie und das FORUM das Landesamt für Denkmalpflege. Sicherungsmaßnahmen unterblieben, sodaß die Pressemeldung über eine Messerstecherei in diesem Haus nicht verwunderlich war. Geyers Bericht konnte vom Denkmalamt nicht bestätigt werden. Bei der Untersuchung stellte das Amt aber fest, daß es sich bei Nachbarhaus 46 um ein Gärtner- oder Kleinbauernhaus in Blockhausbauweise handelte. Dieser Typus, der schon im

Mittelalter an dieser Stelle nachweisbar ist, ist sonst in Passau nicht mehr zu finden.

Stadtrat wie Bauausschuß diskutierten den illegalen Abriß. Besonders peinlich blieb die Bauausschußsitzung vom 12. Oktober allen Besuchern in Erinnerung. Während Stadtheimatpflegerin Gisela-Schäffer-Huber unseren Stadträten die besondere Bedeutung dieses Hauses verdeutlichte, witzelten die Volksvertreter über „des oide Glump“. „Ossi“ Dellinger beispielsweise wunderte sich, wieso ein Haus ohne Bad und mit Plums klo ein Denkmal sein könne.

Nicht mehr eindeutig zu klären ist wohl, inwieweit die Berichterstattung der Passauer Neuen Presse zum illegalen Abriß beigetragen habe: Lokalchefin Wohllhüter hatte vorher die Entscheidung des Landesamtes für Denkmalpflege als „unverständlich“ kritisiert. Es sei ein halbverfallenes Haus auf dem Unigelände. „Der unbefangene Betrachter wird an dem Häusl hinter der Eisenbahnbrücke nichts finden, was schützenswert wäre.“ kommentierte sie einige Tage vor dem Abriß.

Jens Graf

Dioxin-Experte ein Märchenonkel?

Das FORUM hat bereits im Mai 1989 die Müllverbrennung entschieden abgelehnt, da zu den gesundheitlichen Schäden noch die Gebäudeschäden durch den sauren Regen kommen. Diese Schäden erreichen jährlich im Bundesgebiet bereits Milliardenhöhe und betreffen nicht nur unersetzbare Kunstschätze, sondern auch Neubauten. Ferner ist zu berücksichtigen, daß bereits im vorliegenden Waldschadensbericht ein flächiges Waldsterben der sauren Mittelgebirgslagen vorhergesagt wird. Eine Erhöhung des Schwefeldioxidausstoßes durch Müllverbrennung wird diese Entwicklung beschleunigen.

Der Austritt Deggendorfs aus dem Zweckverband zeigte deutlich das wirtschaftliche und politische Versagen dieses Verbandes auf. So schreibt Landrat Karl in seiner Austrittserklärung vom 11.1.1990: „Die damaligen Vorstellungen der Abfallbeseitigung sind mit den heutigen Erkenntnissen über eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft nicht mehr zu vereinbaren. Sie verhindern vielmehr die unverzichtbare Eigeninitiative und Eigenverantwortung der einzelnen Verbandsmitglieder“. Wie man in Passau die Dinge sah, zeigt das Papier der CSU-Fraktion von Dezember 1984, „Umweltsicherung in der Stadt Passau“, bearbeitet von Fritz Haydn: „Die Müllentsorgung erfolgt durch den Abfallbeseitigungsverband ... Für die nächsten Jahrzehnte ist in Außenzell eine ausreichende Deponie zur Lagerung des Gesamtmülls vorhanden“. Die Forderungen der Passauer Vertreter im Zweckverband, (OB Hösl, Stadtrat Wimmer, Stadtrat Eder) nach einem Abfallkonzept und auf Einstellung eines Abfallberaters wurden 1986 abgeschmettert. Statt aber die Flucht

nach vorn anzutreten oder aus dem Zweckverband auszuscheiden, geschah nichts. Während in Bayern durchschnittlich 17% des Hausmülls recycelt werden, liegt die Quote im ZAB unter 10%. Damit gehören wir zu den Fußkranken. Durch die Biotonne in Witzhausen werden seit Jahren zusammen mit Containern für Glas und Papier 48% des Hausmülls wiederverwertet. In Passau ist dagegen das Containernetz lückenhaft und die Logistik schlecht. So steht mittlerweile an der Innpromenade eine Batterie von Containern; würde man öfters leeren, käme man auch mit weniger aus. Da in der Innenstadt auf dem Parkplatz von „Eurospar“ Glascontainer fehlen, nahm das FORUM Kontakt mit dem Prokuristen der Firma Kühbacher auf. Dieser erklärte seine grundsätzliche Bereitschaft. Zu einem gemeinsamen Besprechungstermin mit dem Sachbearbeiter der Stadt ist es seit Monaten nicht gekommen: wegen Arbeitsüberlastung der Dienststelle.

Daß auch von politischer Seite kein Interesse an einem alternativen Müllkonzept besteht, beweist folgende Äußerung von Landratskandidat Dorfner: „Um den Holzpreis nicht unnötig zu senken, sollte die Sammlung und Verwertung von Altpapier zwar erhalten, aber nicht durch öffentliche Mittel finanziert werden“ (PNP vom 12.2.1990). Da verwundert es dann natürlich nicht mehr, wenn sich der Kreistag von einem Vertreter der KWU, die Müllverbrennungsanlagen herstellt, und von Dr. Reimer aus Hamburg über die Problematik der Müllverbrennung „unabhängig“ informieren läßt. Unter der Schlagzeile „Wels: War Dioxin-Experte nur ein Märchenonkel? Peinliche Überras-

chung für gutgläubige Politiker“ berichten die OO-Nachrichten vom 5.1.1990: Dr. Reimer „erklärte anhand von Beispielen in Hamburg und Rijnmond (Holland), daß das dort vorhandene Dioxin nicht aus Verbrennungsanlagen komme. Die Notwehrgemeinschaft fragte wieder nach. Die holländische Botschaft schrieb zurück, daß das Dioxin in der holländischen Milch sehr wohl aus der Müllverbrennung stammte. Im Fall Hamburg war es ähnlich ...“. Außerdem ist Dr. Reimer Gesellschafter einer Planungsfirma für Müllverbrennungsanlagen (!). Daß Müllverbrennung unsere Gesundheit gefährdet und unsere Lebensgrundlagen vernichtet, ist einem Bericht im ET vom 3/4. Februar 1990 zu entnehmen: „1988 erbaut, gilt die Verbrennungsanlage in Schwabach heute schon als Altanlage. Die Filter taugen nicht viel. Sie lassen hundert- bis fünfhundertmal so viele Dioxine durch, als das Bundesgesundheitsamt gestatten möchte“. Brunnenvergifter sind schon im Altertum drakonisch bestraft worden. Wußte man, daß ein Brunnen vergiftet ist, so konnte man auf einen anderen ausweichen. Bei Luft können wir aber nicht ausweichen, sie ist daher als ein noch höheres Gut zu betrachten. In manchen Gebieten der DDR ist wegen der Luftverschmutzung die Lebenserwartung um 15 Jahre niedriger als bei uns. Wir sollten es nicht so weit kommen lassen. Bei einer Podiumsdiskussion des Bund Naturschutz hat sich nur die CSU weiterhin für die Müllverbrennung ausgesprochen. Wir sollten uns bei den kommenden Wahlen daran erinnern!

G. Bosanyi

Wir empfehlen – Sie wählen Ihre Lieblingskandidaten

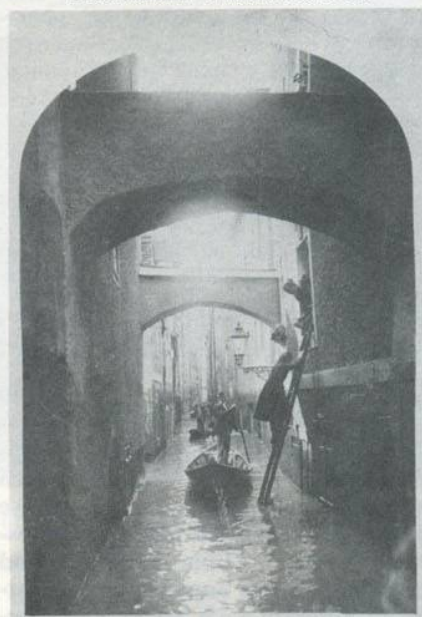
Hans Hösl	CSU	In Sachen Denkmalspflege bessere Ergebnisse als Vorgänger OB Brichta
Alois Ortner	CSU	Vernünftige verkehrspolitische Entscheidungen
Rudi Ramelsberger	CSU	Mitglied des FORUMS, engagierter Altstadtbewohner
Fritz Haydn	CSU	Gute umweltpolitische Ansätze
Georg Radinger	SPD	Einsatz für verkehrsberuhigte Spitalhofstraße
Beate Herbrig	SPD	Aktives Forumsmitglied, engagierte Altstadtbewohnerin
Boris Röhl	SPD	Engagierter Umweltschützer, aktives Forumsmitglied, Mitarbeiter in der Radwegekommision
Dr. Max Stadler	FDP	Aktives Forumsmitglied, konstruktive und sinnvolle Arbeit im Stadtrat
Dr. Anton Jungwirt	FDP	Forumsmitglied, Altstadtbewohner
Dr. Kirchhoff	FDP	Einsatz Erhaltung Studentendorf
Günther Bosanyi	FWG	Mitglied der Vorstandsschaft des Forums Passau. Seit Jahren zum Wohle Passaus engagiert
Prof. Dr. Kobler	FWG	Mitglied des FORUMS, Öffentlichkeit der Bauausschußsitzungen erreicht, aktiver Denkmalspfleger
Klaus Schürzinger	FWG	Forumsmitglied, Fachmann in Sachen Flächennutzungsplan
Prof. Paul Lankes	FWG	Forumsmitglied, sehr interessiert an Stadtbildpflege und Kultur
Max Lindinger	Grüne	Erfahrungen als Stadtrat, Altstadtbewohner
Alois Zechmann	Grüne	Mitglied des Bundes Naturschutz, Kampf gegen Verlegung Pamingerstraße
Peter Faulhaber	Grüne	Forumsmitglied, engagierter Altstadtbewohner
Doris Donner	Grüne	Einsatz für Verkehrsberuhigung
Rainer Bruns	Grüne	Aktives Forumsmitglied, Einsatz geg. Verlegung Pamingerstraße
Martin Grebe	„Studenten für Passau“	Einsatz Erhaltung Studentendorf
Jens Graf	„Studenten für Passau“	Aktive Mitarbeit im FORUM

Wählen Sie keine Liste!
Kommunalwahlen sind Persönlichkeitswahlen!
Geben Sie den Kandidaten Ihres Vertrauens drei Stimmen!

Alte Passauer Fotos

Bei unserer Arbeit stellen wir immer wieder fest, wie wichtig alte Fotos für die Haus- und Stadtgeschichte sind. Deshalb eine Bitte: Stellen Sie uns oder dem Stadtarchiv Ihre alten Fotos (Postkarten) zur Verfügung. Die Fotos werden ohne Beschädigung abfotografiert und Ihnen wieder zurückgegeben. Die interessantesten Fotos werden von uns veröffentlicht und prämiert!

Tel.: Günther Bosanyi 33217,
 Stadtarchiv Passau 396255



Höllgasse nach Überschwemmung 1899

In eigener Sache

Seit der Öffentlichkeit der Stadtrats-sitzungen verfolgt das FORUM laufend das Geschehen im Bauausschuß und Stadtentwicklungsausschuß. Entgegen der Handhabung in Erlangen erhält das FORUM keine Tagesordnungen für die Sitzungen, besitzt kein Antrags- und Rederecht. Da Bauunternehmer sehr wohl das Wort erteilt bekommen, erscheint es notwendig, die Chancengleichheit durch eine eigene Vertretung in diesen Ausschüssen herzustellen. Ferner sind die Tischvorlagen für die Stadträte gegenüber früher so umfangreich, daß ein Zuhörer ohne diese Unterlagen eklatant benachteiligt ist. Aus diesem Grund habe ich einer Kandidatur bei der FWG zugestimmt. Die Überparteilichkeit des Forums wird, wie auch unsere Wahlempfehlung zeigt, darunter selbstverständlich nicht leiden. Ich hoffe auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung. Das Forum wird weiterhin Roß und Reiter nennen.

Günther Bosanyi

Skandalöse Bebauung an der Linzer Straße

Dem Spaziergänger auf der Innpromenade bietet sich derzeit ein bizarres Bild, wenn er in Richtung Innenstadt schaut. Zwei Bagger und eine Raupe fressen sich in den grünen Hang unterhalb des Stephanskreuzes. Offensichtlich gilt der Grundsatz, daß die grünen Hügel und gliedernden Hänge von einer Bebauung freizuhalten sind, bei diesem Bauprojekt nicht.

Sollte dies mit der diesen Bau durchführenden Central Wohn- und Gewerbebau GmbH Passau zusammenhängen? Diese Firma wurde 1986 von Lydia Stockbauer mit einer Bareinlage von 5000,- DM und Klaus Paesold (Bareinlage 20.000,- DM) gegründet. Das CSU-Mitglied Paesold ist in Passau nicht unbekannt: Mitglied des Volleyballvereins, ehemaliger Prokurist der in Konkurs gegangenen Baywo-Unternehmensgruppe (die Forderungen zweier Architekten aus unserem Raum belaufen sich auf mehrere 100.000,- DM) und erster Vorsitzender des Freundeskreises Cagnes-sur-Mer. Als Geschäftsführer der Central Wohn- und Gewerbebau GmbH erhielt Herr Paesold 1988 die Baugenehmigung für ein Einzelhaus und zwei Doppelhäuser. Über die damalige problematische Entscheidung haben wir bereits berichtet. Die von den Nachbarn angerufene

Regierung war der Ansicht, daß die Bebauung gerade noch vertretbar sei. Im Klartext: Der Stadtrat hätte auch weniger genehmigen können. Wegen der schattigen und problematischen Steilhanglage waren nach Aussagen des Bauträgers die Häuser nicht zu vermarkten. Daher plante die Firma um: Aus den Häusern wurden die Garagen herausgenommen und in den Hang verlegt; somit ließen sich 12 Appartements schaffen, die bei Kapitalanlegern einfacher abzusetzen sind.

Von der Verwaltung wurde diese Umplanung aus Naturschutz- und immissionsschutzrechtlichen Gründen dem Bauausschuß am 14.9.1989 zur Ablehnung vorgeschlagen. Bürgermeister Abelein und die Stadträte Wimmer, Heindl, Penzkofer, Reischl, Bertram, Dellinger, Schmöllner, Öller und Eder waren jedoch anderer Ansicht. Nur Stadtrat Barth stimmte für den Verwaltungsvorschlag. Die Nachbarn kochten; angeblich war Stadtrat Gerstl auch einmal mit Herrn Paesold beim Grundstück gesehen worden; das Vertrauen zu den Politikern ist erschüttert. Da die Central Wohnbau auch die sofortige Vollziehbarkeit der Baugenehmigung beantragt hatte, um nicht durch die Nachbarn gehemmt zu werden, legten diese Widerspruch ein. Hierüber hatte der Bauausschuß am

22.2.1990 zu entscheiden. Nachdem die brutalen Eingriffe deutlich sichtbar waren, hätte man jetzt eigentlich erwartet, daß der Bauausschuß sich eines Besseren besinnt und den Nachbarwidersprüchen abhilft. Doch auch Stadtrat Barth konnte sich nicht zu diesem Schritt entschließen, obwohl er nur konsequent gewesen wäre. So lehnten Bürgermeister Abelein und die Stadträte Abelein, Öller, Schmöllner, Reischl, Höber, Wagner, Heindl, Wimmer und Barth die Widersprüche der Nachbarn ab. Diese werden nun an die Regierung von Niederbayern weitergeleitet; sie ist auch von Professor Kobler bereits eingeschaltet worden. Die Zwischenantwort an ihn ist für die Nachbarn nicht ermutigend, doch zeigt sie auf, daß der Bauausschuß wieder im Grenzbereich seiner Befugnisse agiert hat, entgegen den Bedenken der Verwaltung und den Interessen der Bürger! Die Nachbarn stellen sich verständlicherweise die Frage, was die genannten Stadträte bewogen hat, sich über den ablehnenden Verwaltungsvorschlag hinwegzusetzen. Wir sind der Ansicht, daß die Entscheidung ein Beweis für ihre Unfähigkeit ist. Es ist Zeit, daß sich die Zusammensetzung ändert, bevor der Stadt noch weiterer Schaden zugefügt wird!

(bos)

Selbstbedienung?

Es kommt a jeder an die Reih, der eine nie der andere glei!

Bei der Beratung des Flächennutzungsplans sollte als Ausgleichsmaßnahme für das Gewerbegebiet Sperrwies unter anderem das Mischgebiet in Maierhof gestrichen werden; die Grundstücke dort hätten an Wert verloren. Dies stieß auf den erbitterten Widerstand von CSU-Stadtrat SIEGFRIED HEINDL, der sich mit seiner Forderung auch durchsetzte. Nur Prof. Kobler stimmte für den Verwaltungsvorschlag. Was zum Zeitpunkt der Beratung niemand wußte und uns erst später aus Hacklberg zugetragen wurde: Die Familie Heindl verfügt im Gebiet Maierhof selbst über Grundbesitz! Entsprechend der Geschäftsordnung hätte Stadtrat Heindl folglich bei der Abstimmung über das Gebiet Maierhof nicht mitstimmen dürfen und den Sitzungssaal verlassen müssen! Die Moral von der Geschichte: wählt Euch solche Stadträt' nicht!

Von Architekt ADOLF HIENDL, der das Parkhaus an der Hängebrücke plant, sollte man eigentlich erwarten, daß er weiß, wie hoch in Passau die Kosten für einen Stellplatz sind. So wurde das FORUM schon vor einigen Jahren darauf angesprochen, daß durch neu errichtete Halteverbotsschilder gegenüber der Hiendl-Garage in der Innenstadt 3-4 Stellplätze wegfallen. In einem Gespräch mit dem Ordnungsamt konnten wir damals erreichen, daß die Schilder entfernt wurden. Wer beschreibt unser Erstau-



Sonderservice Hiendl: amtliche Abpflockung für leichtere Ausfahrt.

nen, als im Herbst '89 auf einmal rot-weiße Absperrpflöcke auf öffentlichem Grund Herrn Hiendl wieder eine feudale Zufahrt sicherten; auf Kosten öffentlicher Parkplätze!

Bei einem Termin mit dem Leiter des Ordnungsamtes, Herrn Rosenberger, konnte geklärt werden, daß die Pflöcke falsch angebracht wurden. Die Pflöcke seien bewilligt worden, weil dort nach Angaben von Herrn

Hiendl in Zweierreihen geparkt worden sei. Dies war zwar von uns noch nie beobachtet worden, doch akzeptierten wir, daß drei Pflöcke stehenblieben, hinter denen das Parken erlaubt sei. Von dieser Lösung hält CSU-Mitglied Hiendl wenig: Ordnungsgemäß geparkte Autos finden regelmäßig einen Zettel hinter ihrer Windschutzscheibe, mit der Bitte nicht mehr im Rangierraum zu parken. Um öffentliche Parkplätze zu vernichten, wurde offensichtlich von Herrn Hiendl auch ein Draht, mit Gartenschlauch ummantelt, quergespannt.

Wie der Schlauch am Boden zeigt, haben erboste Parkplatzsuchende anscheinend Selbsthilfemaßnahmen ergriffen.

Das FORUM stellt sich nach wie vor die Frage, wie die Hiendl-Garagen zu Beginn der 80er Jahre genehmigt werden konnten. Schon damals galt die Bayerische Bauordnung, die verlangt, daß vor einer Garage eine Autolänge Halte- und Rangierraum zur Verfügung stehen muß. Hätte sich Herr Hiendl an die Vorschriften gehalten, hätte er heute auch keine Probleme mit seiner Garageneinfahrt!

Einen Wegfall öffentlicher Parkplätze (finanzielle Größenordnung 30.000 - 60.000 DM) zugunsten von Herrn Hiendl lehnen wir auch deshalb ab, weil in anderen Stadtbereichen Bewohner mit noch weniger Rangierraum auskommen!

Personen und Konflikte

Seit dem Bau des neuen Krankenhausparkplatzes wird wieder über die Verlegung der unteren Leonhard-Paminger-Straße diskutiert. Nach Ansicht des Krankenhausausschusses stellt die Überquerung der Straße für Fußgänger ein sehr großes Risiko dar. Der Ausschuß lehnte im Sommer die Planungen für eine Überführung und einer Unterführung ab und entschied sich für eine provisorische Ampel. Die CSU-Vertreter forderten einmütig „als Dauerregelung die Verlegung der Straße“ (**Heindl**). Stadtrat **Müller**: „Verlegung der Straße ist unbedingt erforderlich.“ Nach den Worten des die Sitzung leitenden **Anton Jahrsdorfer** soll „nächstes Jahr (1990) die endgültige Entscheidung fallen“. Die Opposition (**Volkholz**, **Dingelreiter**) schwieg dazu. Deutlicher wurde jetzt **Willi Schmoller**, der sich auf der OB-Kandidaten Diskussion des Bund Naturschutz gegen eine Straße durch das Krankenhausviertel aussprach.

Die SPD fordert in ihrem Wahlprogramm lautstark die Georgsbergunterkellerung. Nachdem wir am 15.1.1989 an alle Fraktionen Unterlagen über eine vergleichbare Garage in Landsberg am Lech verteilt haben, sind wir sprachlos: Bei voraussichtlichen Kosten von über 100.000,- DM pro Stellplatz ist für uns die Grenze der sozialen Tragfähigkeit erreicht. Wir halten Wohnungen für wichtiger als Autostellplätze!

Zur Sicherung der Arbeitsplätze müsse man eben Opfer bringen, war einst das Argument für den Abriß des Leprosenhauses in der Innstadt auf dem ehem. Loher-Gelände. Heute scheint offensichtlich selbst bei der Baufraktion ein Sinneswandel eingetreten zu sein. So heißt es in einem Brief

der Jesuitenschlößl GdbR: „Insbesondere Stadtrat **Barth** war uns behilflich, in Bezug auf die Beschaffung der Nachbarschaftsunterschriften. Er war selbst bei Gesprächen bei verschiedenen Angrenzern mit dabei. Er brachte immer wieder deutlich zum Ausdruck, daß bei alten Innstadtbewohnern eine große Dankbarkeit uns gegenüber gegeben ist, weil wir dafür gesorgt haben, daß der Betrieb der Firma Loher nun abbruchreif ist und beseitigt wird. Die Gestank- und Lärmbelästigung bei Tag und Nacht war für die Bewohner der Innstadt unerträglich.“ Die heutige Verseuchung des Geländes wäre ohne den Abbruch des Leprosenhauses wohl nicht eingetreten.

Auf der Suche nach Parkplätzen sind nicht einmal mehr kartierte Biotope sicher. An der Giselastraße bei der Hollergrippe sollen laut Bauantrag der Fa. GEWO BAUTRÄGER GmbH Stellplätze auf dem Biotop Nr. 147 errichtet werden. Wir sind der Ansicht, daß der Bauträger bei etwas gutem Willen die Stellplätze auch an einer anderen Stelle erbringen kann.

Der Einladung der Interessengemeinschaft der Altstadtbewohner sind beide Schiffseigner **Herr Wurm** und **Herr Köck** gefolgt. Der Sprecher der Interessengemeinschaft trug ihnen als besonderes Anliegen der Altstadtbewohner die Verlegung der Schiffsanlegestelle an der Hängebrücke in Richtung der Fritz-Schäffer-Promenade vor. Er begründete dies damit, daß die für den Transport der Passagiere an- und abfahrenden Busse eine für die Anwohner gesundheitsbedrohende Schadstoff- und Lärmbelastigung darstellen. „Vor allem die von den Tanzschiffen nachts zurückkehrenden Ausflugsgä-

ste verursachen durch ihr rücksichtsloses Verhalten eine unzumutbare Ruhestörung und Verschmutzung“ meinte Sprecher **Hauptmann**. Die beiden Reeder stellten diese Belastung nicht in Abrede und erklärten sich bereit, wenigstens die Nachtschiffe an der Fritz-Schäffer-Promenade anlegen zu lassen. Die Beeinträchtigungen während der Tageszeiten hielten sie für gering. Es würden auch nur die Busse, die ältere und gehbehinderte Menschen beförderten, zu einem kurzen Aufenthalt die Haltestelle an der Hängebrücke anfahren. Dem Hinweis, daß eine Anlegestelle an der Fritz-Schäffer-Promenade für die Reederei insgesamt günstiger sei, traten sie damit entgegen, daß die österreichische Zollbehörde zu weit auseinanderliegende Anlegestellen aus Personalgründen ablehne. Bei den Überlegungen, um eine geeignete Anlegestelle verwies **Herr Wurm** auf seine Bereitschaft, in der Lindau seinerseits eine Anlegestelle zu schaffen, weil dort auch für Busse Parkmöglichkeiten bestünden.

Starke Worte gebrauchte Stadtrat **Gerstl** bei der Beratung des Flächennutzungsplans: „Wer ist eigentlich die Regierung? Werden wir langsam einmal selbstbewußter! Wir müssen uns von der Regierung sagen lassen, wo auf einem grünen Hügel gebaut werden darf! Ich bin nicht damit einverstanden, daß man bei jedem Dreck Wallfahrten nach Landshut macht“. Oberbürgermeister **Hösl** konterte gelassen, daß auch ein Landrat **Gerstl** nach Landshut gewallfahrtet sei, Ltd. Stadtbaudirektor **Stark** meinte, daß die Verwaltung, die von Politikern beschlossenen Gesetze auszuführen habe und Prof. **Kobler** fügte ein Kapitel Staatsbürgerkunde hinzu. Geltendes Recht bindet eben auch verhinderte Duodezisten wie Stadtrat **Gerstl**!

Erfreuliches

Das vom FORUM kritisierte häßliche „Fischmaul“ im Neubau in der Klingergasse ist durch eine ansprechendere, die Fassade weniger zerstörende zweigeteilte Lösung ersetzt worden.

Die Einführung des Rechtsabbiegeverbots zum Residenzplatz hat eine gewisse Verkehrsberuhigung in der Altstadt gebracht.

Grünes Licht für den Kauf des Winterhafens: Hier muß die Stadt am Ball bleiben – der jetzige Stand der Dinge ist aber sicher ein Erfolg des Flächennutzungsplans, der dort „Park and Ride“ vorsieht und des persönlichen Einsatzes von OB **Hösl**.

Zu einem Bombenerfolg wurde das 1. Passauer Stadtfest. Das befürchtete Verkehrschaos blieb dank der vernünftigen Passauer, die ihre Autos zu Hause ließen, den Stadtwerken und der Bundeswehr aus. Die Stadtwerke hatten ihre Busse im Rahmen einer Werbeaktion für den öffentlichen Personennahverkehr unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Busfahrer fuhren spätabends sogar noch Sondertouren, um die Wartenden wieder

sicher nach Hause zu bringen. Die Bundeswehr beförderte Tausende von Besuchern zwischen der Innstadt und der Innpromenade auf ihren Schnellbooten. Mancher Innstädter dachte dabei wehmütig an die ehemalige Seilfähre zurück. Wir glauben, daß dieser Großversuch deutlich bewiesen hat, wie gut attraktive öffentliche Verkehrsmittel angenommen werden. Die Passauer sollten deshalb die Frage des Schiffsverkehrs noch einmal diskutieren. Wenn, wie in London, Boote mit 20 km/h eingesetzt werden und nicht Vergnügungsdampfer mit 6 km/h wie in Passau, wäre der Schiffsverkehr eine attraktive Alternative.

Bürgermeister Abelein versprach bei der Vollversammlung der „Interessengemeinschaft der Altstadtbewohner“, daß die positiven Ergebnisse des „Altstadtwettbewerbs“ auch tatsächlich realisiert werden.

Auch fand er für das Vergehen des Altstadthotels (siehe Artikel „Ärger um Altstadthotel“) die richtigen Worte: er nannte es eine „Sauerei“. Er versprach, prüfen zu lassen, ob der Vorschlag des FORUMS durchführbar sei: **Abriß** der schwarzgebauten Tiefgarage des Altstadthotels.

Die instandgesetzten Häuser in der Höllgasse sind gelungen saniert und bieten günstigen Wohnraum für Familien.

Bravo!?

Nach großangelegter Bürgerbefragung, Diskussionen und Anwohnerversammlungen hat man im Unteren Sand/Theresienstraße nun endlich eine „gerechte“ Lösung gefunden: Tempo 20 km/h, eingeschränktes Halteverbot (3 Minuten, Be- und Entladen) sowie Nachtfahrverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr – alle, Geschäftsleute wie Anwohner, sind nun endlich gleich unzufrieden. Den Geschäftsleuten sind drei Minuten Haltemöglichkeit viel zu wenig; von der City-Werbegemeinschaft verlautete, in dieser Zeit könnten keinerlei vernünftige Geschäfte abgewickelt werden. Und hatte man als Anwohner in der nur allzu kurzen Zeit der Fußgängerzonen-Erprobung eine Ahnung davon bekommen, wie es wäre, wenn man gefahrlos die Straße benutzen oder auch nur ruhig schlafen könnte, so war dies ein kurzer Traum. Wer war nur so naiv zu glauben, daß sich Autofahrer von „20km/h“-Tafeln oder dem ja schon lange bestehenden Nachtfahrverbot beeindrucken lassen würden? Und was die Haltezone im Unteren Sand anbelangt: Wie soll sie funktionieren ohne Hinweis an den Stellplätzen und wenn die Parküberwachung an den Wochenenden, in der Nacht, am Faschingsdienstag und und und nicht arbeitet?

Ergebnis: Alles wie gehabt – außer daß die Anwohner „ihre“ Parkplätze im Unteren Sand verloren haben. Bravo! Dafür haben wir uns engagiert! P. Grond, Unterer Sand

In eigener Sache

Als parteiunabhängige Organisation ist es uns eine Aufgabe, für die Erhaltung des Stadtbildes einzutreten und die Lebensbedingungen in Passau für Bürger und Freunde der Stadt zu verbessern.

Wir sind stets bemüht, möglichst umfassend mit Entscheidungsträgern und Verantwortlichen Kontakte herzustellen, um auf Schwachstellen hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Da nur eine mitgliederstarke Vereinigung auf Dauer Gewicht haben wird, ergeht unser Aufruf an alle Nicht-Mitglieder oder noch Unentschiedenen:

Werden Sie Mitglied im Forum Passau!

Für Fragen stehen unsere Vorstandsmitglieder zur Verfügung:
Peter Zieske, Schróhgrämerweg 19, ☎ 59661
Friedrich Brunner, Imbückgasse 7, ☎ 36686
Günther Bosanyi, Göttingerstraße 41, ☎ 33217

Ich bin an der Erhaltung und Entwicklung der Stadt Passau interessiert und möchte Mitglied des FORUM PASSAU werden.

Name (bitte in Druckbuchstaben) Vorname Straße PLZ/Ort

Ort/Datum Unterschrift
Der Jahres-Mindestbeitrag beträgt DM 20,- und berechtigt zum Bezug der „FORUMS-Nachrichten“. Die Mitgliedschaft kann jederzeit, spätestens jedoch zum 31. 12. eines Jahres für das Folgejahr gekündigt werden.

Um Verwaltungskosten zu sparen, bin ich bereit, den Jahresbeitrag in Höhe von DM _____ von meinem Konto abbuchen zu lassen.

Konto-Nr. Bankleitzahl
ÜBRIGENS: Auch in anderen Städten gibt es erfolgreiche Aktivitäten örtlicher „Forums“-Organisationen.